

4./X. 1915

69

Münner-Konferenz.

Gem.-Rat Winařky regt an, mit Rücksicht auf die im Oktober und November zu gewärtigende größere Obdachlosigkeit die Errichtung von Wohnbaracken für die Delogierten als Notstandsarbeiten ins Auge zu fassen.

Der Bürgermeister erklärt jedoch, es wäre nach seiner Meinung besser, im gegebenen Falle durch eine Notverordnung, die der Gemeinde die Möglichkeit gibt, die Vermietung leerstehender Wohnungen gegen Entrichtung des üblichen Mietzinses zu erzwingen, dem Anwachsen der Obdachlosigkeit zu begegnen.

Gegenwärtig sei eine Vermittlung zwischen Hausherren und Mieter durch das wirtschaftliche Hilfsbureau und durch die Gerichte eingeleitet.

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, daß eine gemeinsame Begräbnisstätte für die gefallenen Wiener, sowie für die in Wien verstorbenen Verwundeten am Wiener Zentral-Friedhofe durch den Stadtrats-Beschluß vom 3. September 1914 gewidmet worden sei und daß für die Beerdigung keinerlei Gebühr aufzurechnen sei. Für diese Begräbnisstätte sei auch die Errichtung eines würdigen Denkmals ins Auge gefaßt.

Die Konferenz erklärt sich hiemit einstimmig einverstanden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er bei der Regierung wegen Schaffung einer Kriegshilfsbank und einer Kriegsdarlehenskassa interveniert habe. Die diesbezüglichen Verhandlungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Für die Kriegshilfsbank sollen die Wiener Banken 5 Millionen Kronen, die Gemeinde Wien und die Handels- und Gewerbekammer je 2½ Millionen Kronen stellen; durch diese Bank würden Waren lombardiert, Facturen eskomptiert und Vorschüsse zur Beschaffung von Rohmaterialien gewährt.

Seine Bemühungen wegen Aufhebung der Getreidezölle seien bisher leider erfolglos gewesen, da diese Aktion an dem Widerstande Ungarns scheitere.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß vom Arbeitsvermittlungsamte in der Zeit vom 27. bis 31. August 2616 Arbeitsstellen und in der Zeit vom 1. bis 7. September 6948 Arbeitsstellen und für die Donauregulierungs-Kommission 500 Arbeitsstellen vermittelt worden seien.

Die von der Militär-Kommission gestellten Ansprüche können jedoch nicht ganz befriedigt werden, es werden täglich vier- bis fünfhundert mehr beansprucht, als gestellt werden können.

Er ersuche die Mitglieder der Konferenz, in ihren Kreisen für zahlreiche Meldungen zu diesen Arbeiten zu wirken. Für die Intelligenzberufe sei bei dieser Gelegenheit insofern teilweise gesorgt, als für je 50 Mann ein Partieführer bestellt wird.

Der Bürgermeister teilt zusammenfassend mit, daß vom städtischen Dienstvermittlungsamte in der Zeit vom 1. August bis 6. September 19.000 Arbeitsstellen vermittelt wurden.

Gem.-Rat Steiner bemerkt, daß in einzelnen Berufen der Bedarf an Arbeitskräften in Wien gar nicht befriedigt werden könne. So konnten 100 Fleischhauergehilfen für die Konservenfabriken nicht aufgebracht werden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß aus Ostgalizien zahlreiche Flüchtlinge nach Wien kommen.

Das Ministerium des Innern habe in Nikolsburg eine Baracke zur Unterbringung dieser Flüchtlinge gebaut. Er habe sich für die Errichtung einer zweiten Baracke mit allem Nach-

drucke eingesetzt und sich bemüht, eine Ablenkung der Flüchtlinge von Wien zu erreichen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller weist auf die sanitäre Gefahr hin, die mit dem dichten Zusammenwohnen der Flüchtlinge in Wien verbunden sei. Er richte an den Herrn Bürgermeister die Bitte, bei der Regierung dahin zu wirken, daß den Flüchtlingen, die nachweislich Geld besitzen (Spartassabücher etc.), die Möglichkeit geboten werde, wenigstens einen Teil ihres Geldes zu bekommen.

Der Bürgermeister teilt mit, er werde sich an den Philanthropischen Verein und an den Verein gegen Verarmung und Bettel wenden, damit den Flüchtlingen von diesen Stellen Darlehen gewährt würden.

Der Bürgermeister erklärt sich über die ihm erteilte Ermächtigung bereit, bei der Regierung in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

Die Frage des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller, wie sich die Frauen von Eingerückten, die ohne Dokumente gekommen seien, bezüglich ihres Unterhaltsbeitragsanspruches legitimieren sollen, beantwortet der Bürgermeister dahin, daß dies durch Zeugenaussagen erfolgen könne.

Der Bürgermeister teilt mit, daß auf dem letzten Viehmarkte ein schwächerer Auftrieb von Rindern und Schweinen bemerkbar war, wodurch eine Preissteigerung eingetreten sei. Überdies habe die Militärverwaltung vor Beginn der Marktzeit Vorkäufe abgeschlossen und dadurch die Preise in die Höhe getrieben.

Er habe sofort ein Dekret erlassen, in welchem die strikte Einhaltung der Marktzeit in Erinnerung gebracht wird.

Gegen die Verkäufer werde die Strafamtshandlung eingeleitet werden.

Gem.-Rat Steiner begrüßt es, daß eine so große Anzahl von Spitalsbetten für die Zivilbevölkerung zur Verfügung stünde; für die Hauskrankenpflege stehen aber leider sehr wenig Pflegepersonen zur Verfügung. Es hätten sich im ganzen zirka 70 Personen gemeldet.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein anerkennt dankbarst die Fürsorge des Bürgermeisters für die Spitalpflege der Zivilbevölkerung.

Der selbe führt aus, daß die sanitären Verhältnisse in Wien bis jetzt glänzende seien, jedoch durch die Flüchtlinge werde die Bevölkerung dichter; man solle Vorsorge treffen, die Bevölkerung über das Verhalten bei epidemisch auftretenden Krankheiten aufzuklären. Er regt die Einführung von sogenannten Merkblättern durch das Stadtphysikat an.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein teilt weiters mit, daß sich 200 Hebammen bereit erklärt hätten, sich zu Krankenpflegerinnen auszubilden. Er finde es bedauerlich, daß die Primärärzte fast nur mehr für die Verwundeten und nur mehr im geringen Maße für die Zivilbevölkerung zu haben seien. Er bespricht auch die Mangelhaftigkeit der Organisation der Verwundetentransporte.

Gem.-Rat Reumann fragt an, ob die Gewährung der Aushilfen irgend einen Einfluß auf die politischen Rechte der Beteiligten habe.

Der Bürgermeister erklärt, daß durch diese Unterstützungen das Wahlrecht nicht verloren gehe. Er habe ein diesbezügliches Dekret an den Magistrat bereits erlassen. Diese